

positive Bilanz, die sie natürlich vor allem der Arbeit «ihrer» Abgeordneten zuschrieben.⁵⁷ Vom Wahlkampf bestimmt waren auch die Urteile über die Abgeordneten. Das Volksblatt warf den Abgeordneten um Beck vor, sie seien diesem gegenüber nicht unabhängig und Beck selbst gebärde sich als «Parteigewaltiger» und «Diktator».⁵⁸ Umgekehrt plädierten die Nachrichten für eine weitgehende personelle Erneuerung des Landtages und für einen Rückzug altgedienter Abgeordneter.⁵⁹

Das neue Landtagswahlrecht hat die grundsätzlichen Einstellungen der beiden politischen Lager zunächst nicht verändert. Die Opposition hielt sich an die von Beck im Kommissionsbericht zur Änderung der Landtagswahlordnung vertretene Position, Parteien gebe es, ob man das nun wolle oder nicht, sie seien «eine notwendige gesellschaftliche Entwicklung».⁶⁰ Die Opposition wollte Parteien und ging im Wahlkampf von der Konkurrenz zweier Parteien aus. Das Volksblatt erhob seine gegensätzliche Position in dieser Frage sogar zu einem Programmpunkt: «Keine Parteiungen, sondern Freiheit des einzelnen Abgeordneten»,⁶¹ und in einem Artikel ist zu lesen:

«Und erst die Parteibildung! Nein, *wir* wollen keine Partei; eben das ist's, was uns nicht jene anderen Wege gehen lässt. Wir wollen aufrechte, selbständige Volksvertreter, die ihre eigene Meinung vertreten. Wir sind nicht in einem Grosstaat, sondern eben in Liechtenstein. Was es aber mit der Parteibildung von seiten gewisser Leute für eine Bewandnis hat, darüber ein andermal mehr.»⁶²

Und an anderer Stelle heisst es:

«Sie (die Volksvertreter, H. M.) sollen alle nur *einer* Partei angehören und diese soll heissen die *Partei der Liechtensteiner!* Möchten die Wähler sich nicht von gewissen Agenten beeinflussen und übertölpeln lassen, den geheimen Machenschaften aus dem Wege zu gehen und ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abgeben.»⁶³

⁵⁷ O. N. 12. 1., 9. 2. 1918.

⁵⁸ L. V. 22. 1. 1918.

⁵⁹ O. N. 5. 1., 12. 1. 1918.

⁶⁰ O. N. 26. 1. 1918.

⁶¹ L. V. 22. 2. 1918.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.